

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Abstimmungsvorlage 13.Juni 2021

**Präsentation Parteiversammlung FDP Uri
Ludwig Loretz**

06. Mai 2021

Traktandum 2.5

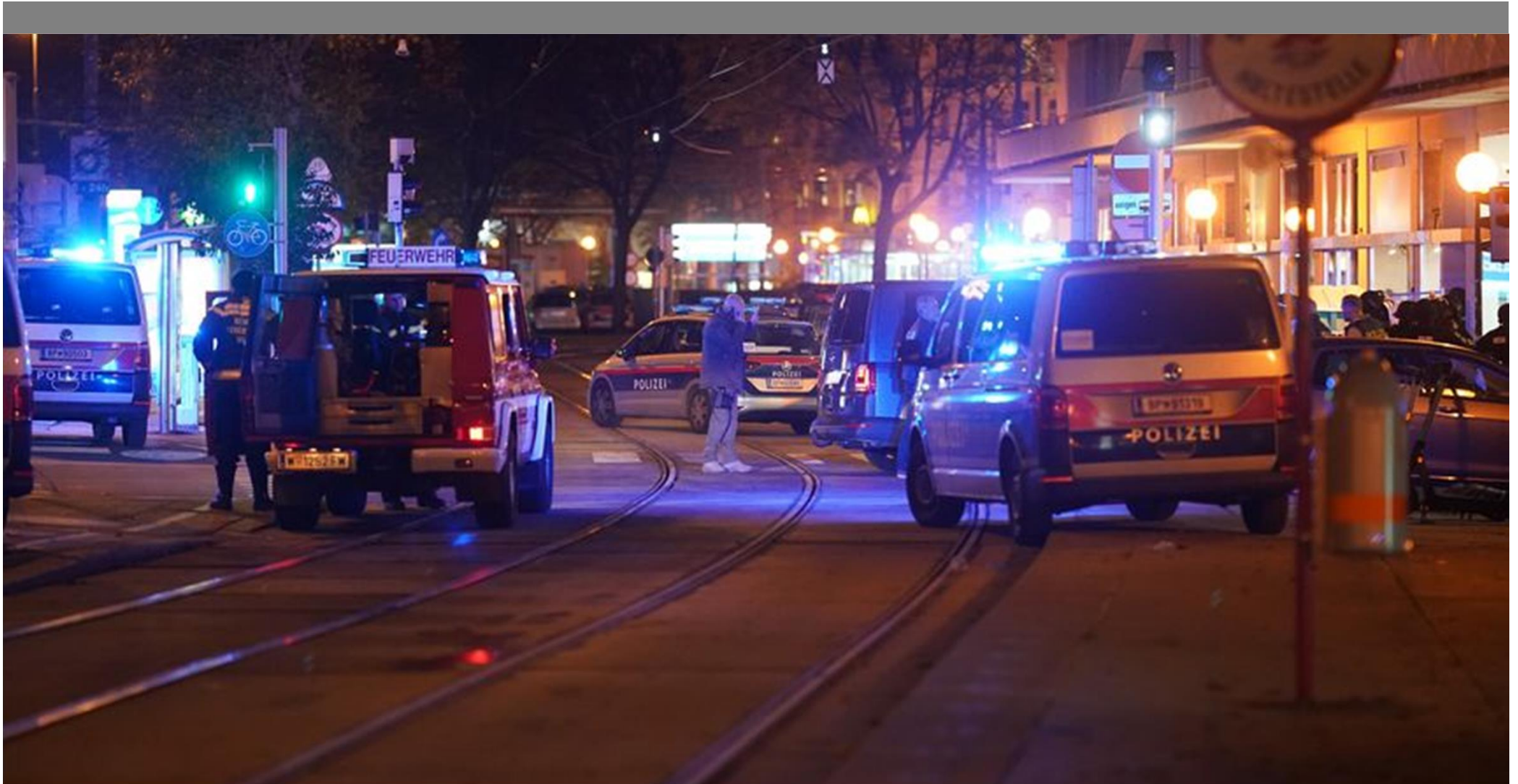


Inhaltsübersicht

1. Ausgangslage
2. Terrorbekämpfung
3. **Das Gesetz** Bedeutung
4. **Befürworter und Gegner**
5. **Parolenspiegel**
6. **Faktenlage**



Ausgangslage



Ausgangslage PMT

- 2015 kam es in **Paris** zu mehreren islamistischen **Terroranschlägen**.
- Seither ist es in **Europa** zu mehreren Dutzend weiteren terroristischen Attentaten gekommen.
- Personen, die als gefährlich gelten, die aber keine Straftat begangen haben, bereiteten den Sicherheitsbehörden **Sorgen**.
- Die Polizei soll in **Zukunft besser eingreifen** können.
- Das neue Gesetz sieht verschiedene Massnahmen vor, die jedoch alle nur **gegen Einzelpersonen** (und nicht gegenüber Gruppen) ausgesprochen werden können.

Terrorbekämpfung



Terrorbekämpfung

- Zahlreiche Staaten haben ihre **Gesetze** zur Terrorbekämpfung verschärft, auch die Schweiz.
 - Revision des Nachrichtendienstgesetzes
 - Verschärfung des Strafrechts
 - Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden.
- Die Polizei hat heute nur **beschränkte** Möglichkeiten um präventiv gegen terroristische Gefahren vorzugehen
- ▶ **Mit dem neuen Gesetz PMT soll diese Lücke geschlossen werden.**

Terror Definition im Gesetz PMT

- Das PMT-Gesetz definiert terroristische Aktivität als:
 - **«Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von **schweren Straftaten** oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen.»**
- Diese Definition entspricht der Umschreibung wie sie im Nachrichtendienstgesetz ist.

Terrorbekämpfung Gesetz PMT

- Die Bestimmungen des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) erlauben es der Polizei, einzugreifen, auch wenn sie **kein Strafverfahren einleiten** kann.
- Es müssen aber **konkrete und aktuelle Anhaltspunkte** vorliegen, dass von einer Person eine terroristische Gefahr ausgeht.
- **Das neue Gesetz erlaubt es der Polizei früher und präventiv einzuschreiten, wenn konkrete Anzeichen von Gefahren durch Terror bestehen.**

Terrorbekämpfung Massnahmen

- Gefährder können zu **Gesprächen** aufgeboten oder dazu verpflichtet werden, sich regelmässig bei der Polizei zu melden. Das Gesetz sieht aber auch ein Ausreiseverbot vor – oder das Verbot, bestimmte Orte nicht mehr aufzusuchen oder zu verlassen. Bei besonderer Gefahr kann ein zeitlich befristeter Hausarrest angeordnet werden.
 - ❖ **Gesprächsteilnahmepflicht** (Einschätzung)
 - **Fernhalten von terroristischem Umfeld**
 - **Hinderung am Reisen in ein Konfliktgebiet**
 - **Einschränkung im Bewegungsradius**
 - **Ausschaffung**

Terrorbekämpfung PMT Massnahmen



Fernhaltung vom terroristischen Umfeld



Kontaktverbot



Hinderung an Reisen in ein Konfliktgebiet



Ausreiseverbot



Meldepflicht



Einschränkung im Bewegungsradius



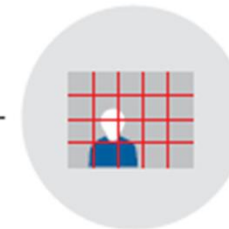
Ein- und Ausgrenzung



Hausarrest



Ausschaffung



Ausschaffungshaft für ausländische Staatsangehörige

Terrorbekämpfung Massnahmen

- Die neuen Massnahmen müssen **verhältnismässig** angewendet werden.
- Auf den **Einzelfall** ausgerichtet.
- **Konkrete** Anhaltspunkte für terroristische Gefahr.
- Nur wenn **milderer Massnahmen** nichts nützen.
- Zeitlich **befristet**.
- **Rechtmässigkeit** kann vom Bundesverwaltungsgericht überprüft werden.

Darum ist das Gesetz von Bedeutung



Darum ist das Gesetz von Bedeutung

- Mit den Anschlägen von Paris hat sich die **Bedrohungslage** auch in der Schweiz geändert. In verschiedenen Bereichen ist das Sicherheitsdispositiv in den letzten Jahren angepasst worden. Das Gesetz über die **präventivpolizeilichen Massnahmen** ist ein Element dieser Strategie, das im Falle einer Ablehnung fehlen würde.
- Auf der anderen Seite bedeutet das Gesetz einen **Paradigmenwechsel**: Freiheitsbeschränkungen aufgrund einer blossen Gefährdungsvermutung passen schlecht zu einem Rechtsstaat, der die Unschuldsvermutung hochhält. Sie sind im schweizerischen Recht bisher praktisch unbekannt.

Argumente der Gegner



Argumente der Gegner

- Die Gegnerinnen und Gegner bemängeln, dass mit dem Gesetz ein zentrales Grundprinzip der Strafverfolgung ausgehebelt werde: Der Grundsatz, wonach **niemand auf blossen Verdacht** hin in seiner Freiheit eingeschränkt werden kann und haftähnliche Massnahmen gewärtigen muss.
- Neu werde eine eigentliche Gefährlichkeitsvermutung eingeführt, die von Betroffenen kaum widerlegt werden könne – zumal die richterliche Kontrolle ungenügend sei.
- Ungenügende **Gewaltenteilung**. Polizeibehörde ist anordnende als auch ausführende Behörde.

Argumente der Gegner

- Das **Gesetz sei schwammig** unklar formuliert. So sei der Begriff des «terroristischen Gefährders», gegenüber welchen präventivpolizeiliche Massnahmen angeordnet werden können, extrem unpräzise.
- Auch **politischer Aktivismus** wie Frauenrechtsbewegungen könnten als Terrorismus gelten.
- Das Gesetz sorge deshalb nur scheinbar für Sicherheit, untergrabe aber vor allem die **Freiheit** und sei der Schweiz unwürdig.

Argumente der Gegner

- Besonders kritisch sehen die Gegnerinnen und Gegner die Möglichkeit zur **Eingrenzung** auf eine Liegenschaft. Diese Bestimmung verstosse gar gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (**EMRK**).
- Und weil die polizeilichen Massnahmen gegen den Terror auch gegenüber **Kinder ab 12 Jahren** ausgesprochen werden könne, werde der Schutz von Minderjährigen ausgehebelt.

Argumente der Befürworter



Argumente der Befürworter

- Auch in der Schweiz kann es **terroristische Anschläge** geben.
- Es gibt auch Personen, die wegen Unterstützung von terroristischen Aktivitäten verurteilt werden und nach Verbüßung noch immer als gefährlich gelten.
- Massnahmen zur Deradikalisierung reichen nicht aus. Für solche Fälle benötigt die Polizei **zusätzliche Möglichkeiten**.
- Das Gesetz PMT ist ein wichtiger Teil der vielschichtigen **Strategie** des Bundes zur Terrorbekämpfung, welche die Prävention, Repression und Reintegration umfasst.

Argumente der Befürworter

- Die kantonalen Polizeidirektoren betonen, es sei ein riesiger Aufwand, wenn Gefährder **24 Stunden observiert** werden müssen.
- Auch abseits von Strafverfahren müssten die Behörden aktiv werden können, um terroristische **Gefahrenpotentiale** besser unter Kontrolle zu halten.
Denn oft gibt es nicht genügend Beweise, um ein Strafverfahren zu eröffnen.
- Das Gesetz widerspricht nicht der EMRK.
(Europäischen Menschenrechtskonvention)

Argumente der Befürworter

- Jede Massnahme ist auf den **Einzelfall abgestimmt**. Mildere Massnahmen behalten Vorrang. (Psychologische Betreuung...)
- Die Massnahmen können gerichtlich überprüft werden lassen oder müssen – im Falle der Eingrenzung auf eine Liegenschaft – gar von einem **Gericht abgeseignet** werden.
- Die Massnahmen sind nötig, um wirksam und **präventiv** gegen die terroristische Bedrohung vorgehen zu können.
- **Schlussendlich bedeutet Terror einen Angriff auf Grundwerte und die demokratischen Institutionen eines Landes.**

Parolenspiegel



Vorlage auf Bundesebene

Bundesrat empfiehlt **Ja**

Ständerat **Zustimmung**

33 Ja **11 Nein** 1 abwesend

Nationalrat **Zustimmung**

112 Ja **84 Nein** 2 nicht teilgenommen



Empfehlung von Bundesrat und Parlament

JA



- **Bundesrat und Parlament** wollen die Menschen in der Schweiz besser vor Terrorismus schützen.
- Die **Bürgerlichen Parteien** sprechen sich dafür aus.
- Polizeidirektoren...

FDP
Die Liberalen

Die
Mitte



Empfehlung des Referendumkomitees

NEIN



- **Grüne, SP** und **Grünliberale** lehnten die PMT im Parlament ab.
- Auch haben **Organisationen** aus dem Kreise der Corona-Massnahmen-Skeptiker Unterschriften geliefert. Sie sehen in dem Gesetz ein Symbol für den Überwachungsstaat.
- Das Referendum wird teilweise aber auch Jungfreisinnigen unterstützt.



FDP. Die Liberalen

- FDP NR und SR **JA einstimmig**
- FDP Delegierte **197 Ja 52 Nein**
5 Enthaltungen
- FDP Parteileitung Uri **Ja**

FDP
Die Liberalen

Faktenlage



Faktenlage Europa

In den Jahren von 1970 - 2016 wurden in Europa

- **4'280 Terroranschläge** verübt. (London, Paris, Wien, Bruxelles, Norwegen Utoya, ...)
- Dabei wurden **5'700 Menschen** getötet,
- **16'400 Menschen** wurden verletzt.

Das entspricht Ø 93 Terroranschläge / Jahr in Europa.

Datenquelle: The Global Terrorism Database (GTD)TM University of Maryland USA

Faktenlage Schweiz

- 88 Personen mit Wohnsitz in der Schweiz sind seit 2001 nach Syrien oder den Irak gereist und haben sich dort der Terrororganisation „Islamischer Staat“ angeschlossen. (fedpol)
- In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl gewaltbereiter Islamisten rasant gestiegen und nimmt weiter zu. (fedpol)
- Keine Bewilligungs- oder Registrierungspflicht bei der Gründung von Vereinen. (IS und Al-Quaida nur befristet verboten)
- Vereinigung „Die wahre Religion (DWR)/Lies!“, die extremistische Ideologien propagierte ist erlaubt. (Koran-Verteilaktionen, Unterstützung terroristischer Organisationen...)

Datenquelle: Bundesamt für Polizei fedpol / FAZ.NET

Danke für ihre Aufmerksamkeit !

«Wir müssen versuchen, auch das Udenkbare zu denken.»

Thomas Süssli , Korpskommandant
Chef der Armee

Bulletin 2020 zur Schweizerischen Sicherheitspolitik
4. August 2020

Diskussion / Parolenfassung



FDP
Die Liberalen

**Gemeinsam
weiterkommen**

FDP
Die Liberalen